

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Neukaledonien-Referendum

Nur 37 Prozent der Franzosen wollen sich am Referendum über die politische Zukunft des Übersee-Gebiets Neukaledonien vom 6. November beteiligen. Davon wollen 75 Prozent dem Gesetzesvorschlag zustimmen. Dies ist das Ergebnis einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage der französischen Tageszeitung «Liberation».

Israelischer Luftangriff

Mindestens zwei israelische Kampfflugzeuge haben am Mittwoch Stellungen der palästinensischen Kampforganisation El Fatah in den Flüchtlingslagern Ain al Dilb und Miyeh Miyeh im Osten der libanesischen Hafenstadt Sidon angegriffen. Dabei wurden nach Angaben der Polizei 4 Menschen getötet und weitere 18 verletzt.

China kauft Weizen in den USA

(spk) Die Volksrepublik China hat ihre Weizenkäufe in den USA in diesem Jahr auf 4,64 Mio Tonnen gesteigert. Wie das Washingtoner Landwirtschaftsministerium mitteilte, bestellte China nach 680 000 Tonnen in der vergangenen Woche, weitere 400 000 Tonnen. Die USA subventionieren die Weizenlieferungen.

BRD-Wirtschaftsminister nominiert

(spk/dpa) Bundesvorstand und Parlamentsfraktion der Freien Demokraten in Bonn haben den früheren FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann zum neuen Bundeswirtschaftsminister nominiert. Sie folgten damit einem Vorschlag des Parteichefs Otto Graf Lambsdorff, teilte dieser am Mittwoch vor der Presse in Bonn mit.

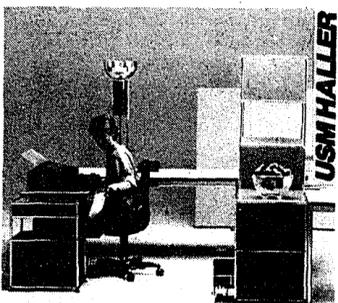
Der 45 Jahre alte Haussmann soll Nachfolger von Martin Bangemann (FDP) werden, der zu Beginn des kommenden Jahres auf eigenen Wunsch als EG-Kommissar nach Brüssel wechselt.

Bürgerpflichttag in Triesenberg?

Wie dem soeben erschienenen 66. Informationsblatt der Gemeinde Triesenberg zu entnehmen ist, hat die Kommission für Land- und Forstwirtschaft an den Gemeinderat den Antrag gestellt, die Einführung eines Pflichttages (Arbeitstag zur Pflege der Alpen etc.) zu prüfen.

Wie dem Informationsblatt weiter zu entnehmen ist, könnte sich der Triesenberger Gemeinderat die Einführung eines solchen Pflichttages durchaus vorstellen.

Zunächst sollen diesbezüglich jedoch noch Abklärungen getroffen werden und gelegentlich eine Meinungsumfrage bei den Bürgern stattfinden.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY office
9494 Schaan
Bahnhofstr. 16

Landeshauptmann Purtscher drängt auf raschen EG-Beitritt

Abschluss des Freundschaftsbesuches der Vorarlberger Regierung mit Empfang auf Schloss Vaduz – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

(G.M.) – Zur Pflege der Freundschaft über die Grenzen und zur Weiterführung der guten Zusammenarbeit stattete die Vorarlberger Landesregierung, wie bereits gestern berichtet, unserem Land einen Besuch ab. Mit Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher steht ein Mann an der Spitze des westlichsten Bundeslandes Österreichs, der mit grosser Überzeugungskraft für einen baldigen EG-Beitritt kämpft, gleichzeitig als überzeugter Föderalist die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit hoch schätzt.

Dass die Vorarlberger Landesregierung am Vortag des österreichischen Nationalfeiertages zu einem Freundschaftsbesuch in unserem Land weilte, ist wohl dem Zufall zuzuschreiben. Das Zusammentreffen beider Ereignisse jedoch mag ein Hinweis dafür sein, wie wichtig für unser Land die gute Zusammenarbeit über die Grenze hinweg ist. Mit Niederlassungs- oder Aufenthaltserlaubnis leben rund 2200 österreichische Staatsbürger in unserem Land, täglich kommen etwa 3700 Grenzgänger aus Vorarlberg zur Arbeit in die gewerblichen, indu-



Zum Abschluss des Freundschaftsbesuches war die Vorarlberger Regierung auf Schloss Vaduz zu einem Empfang eingeladen. S. D. Erbprinz Hans Adam im Gespräch mit dem Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher, als Zuhörer I. D. Erbprinzessin Marie, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und Regierungschef Hans Brunhart.

striellen und Dienstleistungsbetriebe. Die liechtensteinische Wirtschaft ist sowohl auf die im Lande lebenden österreichi-

chen Erwerbstätigen wie auch auf die in den letzten Monaten stark zunehmenden Grenzgänger aus Vorarlberg angewiesen.

Rein zahlenmässig hat sich das Verhältnis zwischen Österreichern in Liechtenstein bzw. Liechtensteinern in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg stark verschoben – aber immerhin rund 700 liechtensteinische Staatsbürger, davon die Hälfte in Vorarlberg, haben ihren Wohnsitz in Österreich.

Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher gilt als überzeugter Föderalist, der die speziellen Belange der Vorarlberger Wirtschaft innerhalb der Bundesländer-Republik zu vertreten versteht. Im Gegensatz zur liechtensteinischen Regierung, die im Hinblick auf Europa 1992 noch über kein Konzept und auch noch über keine Grundlagen zur Entscheidungsfindung verfügt, betreibt Landeshauptmann Purtscher energisch den EG-Beitritt Österreichs. «Für Vorarlbergs Wirtschaft geht es darum», sagte er vor einigen Tagen vor der Rheintalischen Grenzgemeinschaft, «nicht aus dem gemeinsamen Markt hinausgedrängt zu werden, denn 45 Prozent der Vorarlberger Güterproduktion wird exportiert, davon ein Grossteil in die EG.» Und er fügte bei, dass er eine Anzahl Firmen nennen könnte, die sich für den Fall, dass noch lange keine klare Haltung Österreichs über einen EG-Beitritt erkennbar werde, sich gezwungen sähen, vorerst einen Teilbetrieb in einem EG-Land zu errichten: «Aus der Erkenntnis der daraus für unsere Arbeitsplätze resultierenden Gefahr engagiere ich mich für eine baldige Entscheidung.»

Kann das neue Steuergesetz steuernd wirken?

Die Steuergesetzesvorlage auf dem Prüfstand – FBP-Mandatare äussern sich zur Vorlage

Die Regierung hat aufgrund eines FBP-Vorschlags im Landtag eine Stellungnahme zu den im Verlaufe der ersten Lesung aufgeworfenen Fragen abgegeben. Mit diesem Vorgehen wurde erreicht, dass die Antworten der Regierung an die Öffentlichkeit gelangten. Bürgerinnen und Bürger können auch diese Vorschläge während der weiteren Behandlung der Vorlage in einer parlamentarischen Kommission diskutieren, was sonst nicht der Fall gewesen wäre. FBP-Mandatare werden sich, beginnend mit der heutigen Ausgabe, nochmals kritisch mit der Steuergesetzesvorlage auseinandersetzen.

FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann hat seiner Erklärung im Landtag sowie in einem Interview mit dem VOLKSBLATT unterstrichen, dass sich die FBP-Fraktion grundsätzlich für die Steuerreform mit dem Übergang zur allgemeinen Einkommensbesteue-

rung ausspreche. Die vorgebrachten Bedenken und Änderungsvorschläge richten sich nach seinen Ausführungen gegen einzelne Bestimmungen innerhalb des Regierungsvorschlags. Die Auseinandersetzung mit dem Regierungsentwurf soll in erster Linie dazu dienen, zur Klärung der noch offenen Fragen beizutragen.

Nach den Angaben von Regierungschef Hans Brunhart wurde bei der Reform des Steuerrechts versucht. «Die liechtensteinischen Eigenheiten und speziellen Gegebenheiten zu berücksichtigen.» Wie aus den verschiedenen Stellungnahmen der FBP-Landtagsabgeordneten während der Eintretensdebatte hervorging, fehlen weitgehend konkrete Aussagen der Regierung zu den Auswirkungen des neuen Steuergesetzes auf verschiedene Bereiche. Auch nach der Stellungnahme der Regierung auf die Fragen des Landtags ist die Problematik der Bewertung des Bo-

dens nach dem Verkehrswert nicht erschöpfend dargestellt worden. fehlen konkrete Aussagen über den Mieterabzug, die Auswirkungen personeller und finanzieller Art auf die Gemeinden oder die Auswirkungen auf andere Gesetze wie etwa die Wohnbauförderung oder die Stipendien.

Eine entscheidende Frage im Zusammenhang mit der Steuerreform ist auch, wie weit das neue Steuergesetz Einfluss auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen, der Wirtschaftsunternehmen in unterschiedlicher Grösse nehmen kann oder wird. FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann brachte diese Frage auf die einfache Formel: «Kann das neue Steuergesetz steuernd wirken?»

Wir beginnen heute mit einer Serie von Beiträgen aus der Feder von FBP-Mandataren, die sich kritisch mit dem Steuergesetz auseinandersetzen.

EG-Rechnungshof kritisiert Lagerhaltung

Luxemburg (AP) Schlamereien bei der Lagerhaltung der Nahrungsmittelüberschüsse der Europäischen Gemeinschaft hat der Europäische Rechnungshof kritisiert. In ihrem am Mittwoch in Luxemburg veröffentlichten Bericht bemängeln die EG-Rechnungsprüfer vor allem, dass die Aufbewahrung von Getreide, Fleisch und Milchprodukten nicht ausreichend kontrolliert wird. Agrarexperten befürchten, dass die Schäden durch unsachgemässe Lagerhaltung in der EG dreistellige Millionensummen erreichen könnten.

Der EG-Rechnungshof stellt unter anderem fest, dass in einigen Mitgliedsländern der Gemeinschaft nicht überprüft werde, ob das gelagerte Getreide etwa von Insekten befallen sei. In einem der zwölf EG-Staaten fand der Rechnungshof Korn, das wegen seines hohen Feuchtigkeitsgehaltes und daher schlechten Qualität gar nicht hätte aufgekauft werden dürfen. Ferner entdeckten die Kontrolleure, dass in einem Kühlhaus der Gemeinschaft Rindfleisch unmittelbar neben unverpacktem Fisch gelagert wurde. Anderswo spürte der Rechnungshof grosse Mengen von Überschussbutter auf, die bei nur minus zehn Grad gelagert wurden, einer Temperatur, die eine längere Aufbewahrung nicht zulässt.

Kohl wertet Moskaubesuch

Moskau (AP) Bundeskanzler Helmut Kohl hat seinen Moskaubesuch als einen Durchbruch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen gewertet. Kohl sagte am Mittwoch auf einer internationalen Pressekonferenz in der sowjetischen Hauptstadt, er mache sich in der Bewertung seiner Gespräche die Worte des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow zu eigen, der gesagt hatte: «Das Eis ist gebrochen.» Die Zeit des Eises solle durch freundlicheres Klima abgelöst werden. Gorbatschow und er hätten eine Wende in den Beziehungen miterlebt und gemeinsam gestaltet.

Kohl bekannte sich auf entsprechende Fragen amerikanischer Journalisten ausdrücklich zum westlichen Bündnis. Die Bundeswehr verteidige auch die USA mit. Kohl versicherte: «Wir sind keine Wanderer zwischen den Welt.» Die Bundesrepublik sei in ihrer Standfestigkeit seit seiner Regierungsübernahme «absolut beispielhaft».

Mit Blick auf die anhaltenden Gegensätze in der Berlin- und Deutschlandpolitik unterstrich der Kanzler, Berlin sei in die unterzeichneten Abkommen voll einbezogen worden. Wenn Gorbatschow und er von Realismus gesprochen hätten, so zeige dies, dass Gegensätze in Grundsatzen den Ausbau der Beziehungen nicht versperren dürften. Zur deutschen Frage wiederholte der Kanzler: «Für uns ist das letzte Wort der Geschichte nicht gesprochen.»

Triesenberg: Schuttdeponie-Problematik

Regierung gegen Saminatal als neuen Deponie-Standort

Eines der vordringlichsten Probleme der Gemeinde Triesenberg ist die Bauschuttdeponie-Problematik. Da die einzige Deponie der Berggemeinde bald randvoll sein wird, befasst sich der Gemeinderat schon seit längerem mit zukünftigen Lösungsmöglichkeiten. Wie im soeben erschienenen 66. Informationsblatt der Gemeinde zu entnehmen ist, kam ein geologisches Gutachten zum Schluss, dass eine Deponie im Saminatal unterhalb des LKW-Pumpwerks die einzig längerfristige Lösung des Problems darstellen würde. Da sich die Regierung jedoch aus verständlichen Gründen gegen ein solches Ansinnen aussprach, will Triesenberg nun zusammen mit Talgemeinden Lösungsmöglichkeiten beraten.

Die Schuttdeponie «Kipp» (Wangerberg) dürfte vermutlich noch bis im Frühjahr 1989 ausreichen. Da eine erneute Erhöhung dieser Deponie nicht in Frage kommt, ist die Gemeinde gezwungen, eine neue Deponie zu finden. Infolge der schwierigen geologischen Verhältnisse in Triesenberg kommen nach Ansicht des Geologen Prof. Dr. Allemann nur folgende sechs Plätze in Frage: Frommenhaus, Kumma/Geissega, Gruaba, Chalberrüti, Schafbühel und Saminatal. Wie bereits eingangs erwähnt, stellt der Standort Saminatal gemäss Prof. Dr. Allemann die einzig längerfristige Lösung des Deponieproblems dar. Einzelne Verhandlungen betreffend der verschiedenen Standorte führten bisher zu keinem Ergebnis. Die Bodenbesitzer wehren sich oder verlan-

gen Bodenersatz, den die über keinen geeigneten Boden verfügende Gemeinde jedoch nicht gewähren kann.

Saminatal kommt nicht in Frage

Die Regierung hat sich in der Sitzung vom 6. September 1988 mit der Anfrage der Gemeinde Triesenberg betreffend einer Deponie im Saminatal befasst und gelangte zur Auffassung, dass diese aus Gründen des Landschaftsschutzes nicht in Frage kommen könne. Unter anderem argumentierte die Regierung, dass unterhalb des vorgeschlagenen Deponiestandortes die Quelfassungen der Stadt Feldkirch liegen würden, der Abtransport des Deponiegutes aus Triesenberg eine zu hohe Umweltbelastung darstellen würde und die Zufahrt im Winter nur mit grossen Aufwendungen aufrecht erhalten werden könne.

Die Gemeinde Triesenberg kontaktierte bereits einige Talgemeinden. Sowohl Vaduz als auch Triesen teilten mit, dass ein generelles Projekt in Planung sei, aber kurzfristig nicht realisiert werden könne. Beide Gemeinden erklärten sich jedoch gegebenenfalls bereit, kurzfristig Material aus Triesenberg zu übernehmen. Als möglicher Abnehmer wurde auch Balzers genannt. Der Triesenberger Gemeinderat wird sich demnächst mit diesem Problem wieder befassen und über eine allfällige Antragstellung zur Übernahme von Bauschutt an die Gemeinden Triesen, Vaduz und Balzers oder über andere Lösungsmöglichkeiten beraten.

Cup-Halbfinals

USV I – Vaduz I und Vaduz II – Balzers I

Brisante Paarungen brachte am Dienstagabend im Rahmen einer LFV-Vorstandssitzung die Auslosung für die Halbfinals im Liechtensteiner Fussballcup:

– USV Eschen/Mauren I – FC Vaduz

– Vaduz II – FC Balzers I

Diese Spiele werden im Frühjahr in der Woche vom 27. bis 31. März gespielt.

Im Seniorencup wurden folgende Halbfinalpaarungen gelöst: Triesenberg (geloster Verlierer) – Ruggell und USV – Schaan. Spieltermin: 24. bis 29. April 89.